

E-1-006 Votum Europawahl

Antragsteller*in: Romeo Franz (KV Speyer)

Änderungsantrag zu E-1

Von Zeile 6 bis 12:

- Der Landesverband Rheinland-Pfalz vergibt ~~sein Votum~~ seine Voten auf der Landesdelegiertenversammlung am 24. Juni 2023 in Idar-Oberstein
- Die Delegierten stimmen über die Vergabe ~~eines Votums~~ von zwei Voten für ~~einen~~ zwei aussichtsreichen Plätze ~~aussichtsreiche Plätze~~ auf der Europaliste ab.
- ~~Das Votum kann~~ Die Voten können nur an ~~ein Mitglied~~ Mitglieder der GRÜNEN Rheinland-Pfalz vergeben werden.
- Das erste Votum wird im Sinne unseres Frauenstatuts an eine Frau vergeben. Das zweite Votum wird geschlechteroffen vergeben.

In Zeile 14:

- Die Vergabe der ~~Votumsen~~ Votumsen erfolgt in schriftlicher und geheimer Abstimmung.

Begründung

Liebe Freundinnen und Freunde,

mit diesem Geschäftsordnungsantrag soll sichergestellt werden, dass die GRÜNEN Rheinland-Pfalz - wie bisher auch - von zwei und nicht nur von einem Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten werden.

Unser grüner Landesverband in Rheinland-Pfalz ist in den letzten Jahren weiter gewachsen und wir haben neue Mitglieder dazu gewinnen können. Das ist ein großer Erfolg, der sich so aber auch bei der Aufstellung der Europaliste widerspiegeln sollte. Andere Landesverbände haben beschlossen die Anzahl ihrer Voten sogar weiter zu erhöhen. So haben die Landesverbände in Nordrhein-Westfalen und Bayern zum Beispiel jeweils ganze vier Voten vergeben und auch kleinere Landesverbände, wie Thüringen, vergeben zwei Voten. Rheinland-Pfalz sollte nicht ohne ersichtlichen Grund einen Extra-Weg gehen und die Anzahl seiner Voten absenken. Wir sollten weiter bei zwei Voten für die Europaliste bleiben, um sicherzustellen, dass unser Landesverband Rheinland-Pfalz angemessen vertreten ist.

Ein einzelnes Votum würde außerdem Themen gegeneinander ausspielen und eine unnötige innerparteiliche Konkurrenzsituation schaffen. Wir als GRÜNE haben als einzige Partei wirklich verstanden, dass sich die vielen Krisen und Herausforderungen eben nur angehen lassen, wenn wir sie als zusammenhängend begreifen. Das heißt eben auch, dass einzelne Themen nicht wichtiger sind als andere. Wir brauchen eine vielfältige Europaliste, sowohl was die Themen als auch was die Personen angeht!

Bei den anstehenden Europawahlen muss es darum gehen, einen Rechtsruck in Europa zu verhindern. Dafür müssen wir nun als geeinte Partei in den vor uns stehenden Wahlkampf gehen und unsere Positionen entschieden vertreten. Ich bitte euch daher meinem Geschäftsordnungsantrag zuzustimmen und mit zwei Voten ein starkes grünes Signal aus Rheinland-Pfalz für die BDK im November zu senden!

Euer Romeo

E-2-256 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Titel

Ändern in:

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 255 bis 258 löschen:

zu batterieelektrischen und Wasserstoffschiffen, zum anderen die Anpassung der Schiffe an immer häufiger auftretende Niedrigwasserstände. ~~Denn der irreversible Rückgang der Alpengletscher wird sich massiv auf die Rheinpegelstände im Sommer auswirken.~~

Begründung

Die Aussage ist in dieser Allgemeinheit falsch. Wenn die Gletscher stärker schmelzen, müsste zunächst MEHR Wasser abfließen. Die "Auswirkung" wird erst dann spürbar werden, wenn die Mehrzahl der Gletscher komplett abgeschmolzen sein wird. Das wird noch Jahrzehnte dauern. Dazu die Fachliteratur:

"Trotz des Gletscherrückgangs zeigen die modellierten Zeitreihen der Eisschmelzkomponente im Rhein langfristig über den gesamten Untersuchungszeitraum 1901-2006 für das Gesamtgebiet kaum eine eindeutige Veränderung, also einen systematischer Rückgang oder eine systematische Zunahme der Komponente. Die detaillierten Modellierungsergebnisse lassen darauf schließen, dass der Effekt einer Zunahme der Eisschmelze aufgrund des Temperaturanstiegs durch die Abnahme der Gletscherfläche kompensiert wurde." (https://www.chr-khr.org/sites/default/files/chrpublications/asg-rhein_synthese_dt.pdf)

E-2-246 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Titel

Ändern in:

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 245 bis 246 einfügen:

Güterverkehr als fester Bestandteil unserer Wertschöpfungsketten nachhaltig und klimaneutral werden. Und dass die Mobilität für Bürger*innen und Güter durch kluge Planungen, Optimierung der Lieferketten, Homeworking, bessere Auslastung der Fahrzeuge etc. insgesamt verringert wird. Auch die e-Mobilität belastet Menschen und Natur und verbraucht wichtige Ressourcen.

Begründung

Wir bekommen die Klimakrise nur in Griff, wenn wir auch "verzichten", d.h. Ressourcen schonen und weniger verbrauchen. Die reine Umstellung von fossil auf "e" bringt wenig. Und auch e-Cars brauchen Rohstoffe (Litium, seltene Erden ...), brauchen 90+x% am Tag Abstellfläche, verursachen Lärm und Reifenabrieb ...

E-2-168 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Titel

Ändern in:

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 167 bis 169 einfügen:

Mittelmeer wegen unterlassener Hilfeleistung seit 2016 ertrunken sind, dass eine Reform des EU-Asylsystems dringend notwendig ist. Die völkerrechtswidrige Zusammenarbeit mit den Milizen in Libyen ist umgehend zu beenden. Es ist unsere Solidarität miteinander, die unsere Handlungsfähigkeit auch hier sichern kann. Wir dürfen

Begründung

<https://www.tagesschau.de/investigativ/monitor/seenotrettung-libyen-kuestenwache-101.html>

mehr mündlich

E-2-172 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Titel

Ändern in:

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 171 bis 172 einfügen:

die Anspruch auf Asyl haben, noch mit den Menschen, die zurückgeführt werden müssen.

(neuer Absatz)

Eine Verlagerung der Asylverfahren an die Außengrenzen oder gar in die Herkunfts- oder Drittländern lehnen wir ab, solange nicht vollständig sichergestellt ist, dass die dortigen Verfahren nach den Rechtsstandards der EU-Länder mit den weitestgehenden, Asylsuchende-freundlichsten Regelungen, mit einer menschlichen Bedürfnissen angemessenen Unterbringung, Verpflegung und Gesundheitsversorgung und in einer zumutbaren zeitlichen Dauer durchführbar sein werden. An den Kosten müssen sich alle EU-Länder anteilig beteiligen.

Begründung

Die aktuell (Mitte Juni) diskutierten Änderungen des Asylrechts auf EU-, aber auch auf deutscher Rechtsebene ist nicht hinnehmbar und verstößt gegen gültiges Recht. Die Überlegungen, die Verfahren in Drittländer (gennant wurde Ruanda) auszulagern, ist völlig unverantwortlich. Die erkennbare Tendenz der Regierungen und der EU-Kommission sich hier dem "Druck der Straße" zu beugen und Wahlerfolge der Rechtsextreme in Europa zu verhindern, wird erfahrungsgeäß ins Gegenteil umschlagen. Gerade durch eine solche Politik bekommen diese Parteien weiteren Zulauf.

E-2-120 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Ulrike Höfken (KV Bitburg-Prüm)

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 120 bis 126:

Rheinland-Pfalz ist das Land der Reben und Rüben. Sechs der 13 deutschen Weinanbaugebiete liegen in Rheinland-Pfalz. Landwirtschaft und Weinbau sind hier noch überwiegend kleinteilig strukturiert. Diese Familienbetriebe wollen wir als Grundlage der Agrarwende erhalten. Ernährungssicherheit gibt es nur mit biologischer Vielfalt.

Daher erteilen wir den aktuellen Vorschlägen der EU-Kommission zur Deregulierung des Gentechnik-Rechts eine klare Absage. Alle Pflanzen aus neuer Gentechnik müssen weiterhin einem Zulassungsverfahren mit Risikoprüfung im Sinne des Vorsorgeprinzips unterstellt bleiben, sowie verpflichtend entlang der gesamten Lieferkette gekennzeichnet werden. Die Wahlfreiheit für Verbraucher*innen sowie Bäuerinnen und Bauern ist zu sichern. Freigesetzte NGT können massive negative Auswirkungen haben und bergen erhebliche Risiken für die Ökosysteme und landwirtschaftliche Erzeugung. Die gentechnikfreie und ökologische Landwirtschaft ist durch eine Deregulierung massiv durch mögliche GVO-Kontamination bedroht. Durch Patente, die an Gentechnik geknüpft sind, wird der Zugang zu Saatgut und damit die weltweite Ernährungssicherheit gefährdet.

~~Rheinland-Pfalz ist das Land der Reben und Rüben. Sechs der 13 deutschen Weinanbaugebiete liegen in Rheinland-Pfalz. Landwirtschaft und Weinbau sind hier noch überwiegend kleinteilig strukturiert. Diese Familienbetriebe wollen wir als Grundlage der Agrarwende erhalten. Ernährungssicherheit gibt es nur mit biologischer Vielfalt.~~ Gesunde Ökosysteme sind die Voraussetzung für sauberes Wasser und fruchtbare Böden. Deshalb gilt es, unsere Betriebe für den Erhalt

Begründung

Begründung:

Die von der EU-Kommission vorgeschlagene Deregulierung der Gentechnik in der Landwirtschaft tritt Verbraucher*innenrechte mit Füßen, da laut bekannt geworden Leak des Dokuments die verpflichtende Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) entlang der Wertschöpfungskette abgeschafft werden soll. Dabei spricht sich in verschiedenen Umfragen eine überwältigende Mehrheit von Verbraucher*innen gegen GVO in der Landwirtschaft aus und wollen keine GVO in ihrem Essen.

Durch die fehlende Deklaration würde der gesamte gentechnikfreie sowie der ökologische Sektor durch Kontaminationen durch GVO bedroht. Dadurch werden die Existenz und Ausbauziele des Ökolandbaus torpediert. EU-weiter Schutz vor und Haftung bei Kontaminationsfällen ist nicht mehr vorgesehen. NGT zielt nicht nur auf einzelnen Organismen, sondern auf ganze Arten und Ökosysteme. Langzeitfolgen sind nicht vorhersehbar. Die Entscheidungskriterien, nach denen künftig verschiedene Kategorien von GVO-Pflanzen eingeteilt werden sollen, sind völlig willkürlich, die EU-Kommission verabschiedet sich damit von der jahrzehntlang etablierten wissenschaftsbasierten Zulassung.

Da für GVO Patente angemeldet werden können, die ganze Genabschnitte sowie die gesamte Wertschöpfungskette betreffen können, müsste bei einer solchen Gesetzgebung mit massiven Einschränkungen bis zur Blockade der mittelständischen Züchtungsarbeit, der Forschungsfreiheit sowie der gentechnikfreien Produktion gerechnet werden.

Die Gefahren für Ökosysteme und Natur liegen auf der Hand und werden wiederholt wissenschaftlich unterstrichen. Die Freisetzung lebensfähiger Organismen in komplexe Ökosysteme ist nicht rückholbar. Eine Pestizidreduktion sowie eine Klimaanpassung durch GVO sind weder bewiesen noch wahrscheinlich, da der Klimakrise und dem dramatischen Artensterben nur in systemischen und ganzheitlichen sowie agrarökologischen Ansätzen begegnet werden kann.

Unterstützer*innen

Uwe Hofmann (KV Mainz-Bingen); Claudia Leibrock (KV Altenkirchen); Anna Neuhof (KV Altenkirchen); Ingrid Bäumler (KV Cochem-Zell); Thomas Boehmsdorff (KV Altenkirchen)

E-2-219 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Ulrike Höfken (KV Bitburg-Prüm)

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 218 bis 220 einfügen:

um unsere wirtschaftlichen Zukunftssektoren genauso wie Schlüssel-Industrien im Land zu stärken und auszubauen sowie die klimaneutrale Transformation sowie die kritisch-konstruktive Technik-Folgenabschätzung und deren Umsetzung zu fördern. Dazu machen wir uns auf europäischer Ebene für Verbundprojekte im

Begründung

Die europäischen Beschlüsse zur Regulierung und Bewertung z.B. von KI sollten nicht völlig ignoriert werden

Unterstützer*innen

Christoph Hecker (KV Mainz); Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell)

E-2-138 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Ulrike Höfken (KV Bitburg-Prüm)

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 137 bis 140 einfügen:

Einheitliche europäische Standards sind uns wichtig. Versorgungssicherheit muss europäisch gedacht werden, Standards für Klima- und Umweltverträglichkeit, Verbraucherschutz, Tierschutz und Arbeitsbedingungen national, EU-weit und global. Sie müssen in der Erstellung von internationalen Verträgen und Handelsabkommen verpflichtend berücksichtigt

Begründung

Die bisherige Formulierung ist missverständlich. Wir wollen ja zum Beispiel den Klimaschutz nicht allein auf die globale Ebene abschieben, sondern auf allen Ebenen Verantwortung übernehmen - auch wenn Deutschland und die EU nur einen weltweit begrenzten Beitrag leisten können

E-2-189 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Lukas Böhm (KV Worms)

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 188 bis 189 einfügen:

Einsetzung einer von der EU koordinierten staatlichen Seenotrettungsmission ein. Außerdem muss zivile Seenotrettung endlich entkriminalisiert werden. Gleichzeitig steht es für uns im Zentrum der europäischen Außenpolitik, Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen.

Begründung

Diese zentrale Forderung findet sich noch nicht im Antragstext.

Unterstützer*innen

Anna Biegler (KV Worms); Lea Susanne Helm (KV Worms)

E-2-103 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Uwe Hofmann (KV Mainz-Bingen)

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 102 bis 104 einfügen:

Verbesserung des Wolfmanagements hat für uns Priorität. Der rheinland-pfälzischen
Wolfsmanagementplan hat das Ziel, Weide-Tierhaltung und Wolfspopulation in Einklang zu bringen.

E-2-136 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Uwe Hofmann (KV Mainz-Bingen)

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 135 bis 136:

Zusammenschluss Artenvielfalt sichern, Ernährungssicherheit gewährleisten und ~~kleinbäuerliche~~bäuerliche Betriebe unterstützen zu können.

Begründung

Statt kleinbäuerliche Betriebe sollte es bäuerliche Betriebe heißen, da auch in RP die Zahl größerer landwirtschaftlicher Familienbetriebe zunimmt und wir uns von romantischen Vorstellungen der Landwirtschaft verabschieden sollten.

E-2-143 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.06.2023

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 143 bis 147:

~~Demokratie~~ Der autoritäre Nationalismus von Rechts ist ~~nicht selbstverständlich~~ die größte Bedrohung für ein gemeinsames und solidarisches Europa. Den rechtspopulistischen Regierungen in Ungarn, Polen oder Italien müssen Grenzen aufgezeigt werden. Wir kämpfen daher in jedem Rat und in jedem Parlament gegen rechte Ideologien und Verschwörungsglauben. Die rechte Szene agiert transnational und ist europäisch vernetzt. Daher setzen wir uns für eine Europapolitik ein, die den Kampf gegen Rechtsextremismus als Schwerpunkt definiert und alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel gegen die Finanzierung, Vernetzung und Rekrutierung des ~~autoritären Nationalismus von rechts~~ gewaltorientierten Rechtsextremismus einsetzt. Die kommunale Ratsarbeit, die meistens auf Ehrenamt basiert, schützen wir vor Hass und Hetze und ~~von Verschwörungsideologien~~ Hetze. Wir unterstützen ebenso solidarisch alle Aktiven in der Zivilgesellschaft, die sich für ein gemeinsames und

Begründung

Aktualisierung durch die Antragsteller*innen

E-2-160 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.06.2023

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 160 bis 165:

~~Der Umgang mit den Schutzsuchenden aus der Ukraine, mit der größten Fluchtbewegung in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, macht es deutlich: wenn die EU-Mitgliedstaaten, ihre Regionen und Kommunen solidarisch zusammenarbeiten, dann finden sie gemeinsame Wege. Rheinland-Pfalz hat gemeinsam mit seinen europäischen Partnern und im engen Schulterschluss zwischen Land und Kommunen, eine große Anzahl an Menschen aus der Ukraine unterstützt.~~

Die derzeitige Lage an den europäischen Außengrenzen ist unhaltbar. Dabei kann es nicht bleiben. Deshalb waren wir im Europäischen Rat zu sehr schwierigen Verhandlungen rund um eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) bereit – in einem sehr komplexen Umfeld mit weit auseinandergehenden und vielen restriktiven Positionen zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten. Wir haben gemeinsam für eine Lösung in dieser schwierigen Situation gekämpft, um Humanität und Ordnung zu erreichen.

In der Einigung im Innenministerrat gibt es Verbesserungen, die ohne unseren Einsatz in den Verhandlungen nicht zustande gekommen wären, zum Beispiel, dass unbegleitete Minderjährige von den Grenzverfahren ausgeschlossen werden müssen oder die Verbesserung des Zugangs zu Rechtsberatung. Außerdem muss es weiterhin eine Verbindung zu einem sicheren Drittstaat geben, für die nach einem Jahr eine Überprüfungs Klausel verabredet wurde. Antragsteller*innen dürfen demnach nur in einen Drittstaat überstellt werden, wenn sie beispielsweise dort bereits gelebt oder Familie haben. Erstmals soll es jetzt in der EU einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus geben und Geflüchtete sollen verbindlicher registriert werden. Zwar ist die Aufnahme von Geflüchteten nicht verpflichtend, die Teilnahme an dem Mechanismus dagegen schon. In Zukunft sollen jedes Jahr mindestens 30.000 Geflüchtete umverteilt werden, abgesichert über sogenannte "Dublin-Offsets". Darüber hinaus werden wir weiterhin dafür eintreten, dass es eine verbindlichere Verteilung gibt. Wir treten dafür ein, dass Deutschland mit gutem Beispiel vorangeht und mindestens seinen Beitrag im Sinne des „Fair Share“ leistet. Gleichzeitig konnten zentrale Punkte noch nicht erreicht werden, wie zum Beispiel eine grundsätzliche Ausnahme für Familien mit Kindern in Grenzverfahren. Trotzdem haben wir verteidigen können, dass die Freiheit von Kindern nur in sehr eng definierten Ausnahmefällen beschränkt werden darf. Zudem kommen Verschärfungen der aktuellen Rechtslage hinzu. Dazu gehört die Verlagerung von Asylverfahren an die Außengrenzen.

Die erzielte Einigung kann zentrale Anforderungen nicht erfüllen, die wir an eine Asylpolitik der Humanität und Ordnung stellen – gerade, weil sie im EU-Kontext vieler restriktiverer Mitgliedstaaten nicht durchsetzbar waren. Wir sehen das europapolitische Dilemma, denn die europäische Asylpolitik braucht maßgebliche Verbesserungen, für die es keine Mehrheiten gibt. Der Ratsbeschluss wäre ohne unseren Einsatz, gerade von grünen Regierungsmitgliedern, ein schlechterer gewesen. Doch er enthält auch substanzielle Verschärfungen, die wir aus asylpolitischer Sicht falsch finden. Wir zollen den unterschiedlichen Einschätzungen Respekt und stehen fest zusammen beim gemeinsamen Vorhaben, weiterhin mit aller Kraft für eine Verbesserung der Situation für Schutzsuchende um und in Europa zu kämpfen. Denn klar ist: Die Situation der Menschen, die in Europa Schutz suchen, muss deutlich besser werden. Im weiteren Verfahren im Trilog zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission setzen wir uns daher - im Wissen um die schwierige Verhandlungssituation in Europa - für Verbesserungen ein. Unter anderem sind folgende Kriterien für uns wichtig: dass Familien mit Kindern

grundsätzlich nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur Durchführung von Grenzverfahren verpflichtet werden. Wir wollen ein effektives Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen und eine verbindliche Verteilung in den Mitgliedsstaaten.

Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine Probleme. Was hilft, ist alle Asylverfahren zu beschleunigen und die Qualität der Entscheidungen zu verbessern. Wir werden nicht mitmachen, wenn Staaten, die systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen, als sicher eingestuft werden sollen. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten lehnen wir ab.

Die aktuelle Situation an den Außengrenzen ist nicht akzeptabel. Unser Ziel ist es daher, das Leid schnellstmöglich zu beenden. Wir nehmen nicht hin, dass Menschen, insbesondere Kinder, unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern verharren und keinen Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren haben. Die Versorgung mit medizinischen Gütern, psychologischer Betreuung und Lebensmitteln sowie der Zugang zu Sozial- und Rechtsberatung und Bildungseinrichtungen müssen stets sichergestellt sein. Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit Zugang zu den Geflüchteten und den Grenzregionen. Der illegalen Praxis von Pushbacks muss entschieden begegnet werden. Wir fordern die Europäische Kommission auf, gegenüber Mitgliedstaaten einzuschreiten, die diese rechtswidrige Praxis anwenden. Gleichzeitig muss ein wirksames, unabhängiges Menschenrechtsmonitoring dazu beitragen, dass rechtsfreie Räume an den Grenzen in Europa der Vergangenheit angehören. Die umfassende parlamentarische Kontrolle der EU-Agenturen (z. B. Frontex) und der Finanzierungsinstrumente für die externe Migrationspolitik müssen sichergestellt sein.

Wir setzen uns für die Einsetzung einer von der EU koordinierten staatlichen Seenotrettungsmission ein. Außerdem muss zivile Seenotrettung endlich entkriminalisiert werden. Es müssen legale und sichere Migrations- und Fluchtwege geschaffen werden. Gleichzeitig steht es für uns im Zentrum der europäischen Außenpolitik, Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen. Die Fluchtgründe resultierend aus den Auswirkungen des Klimawandels müssen Gegenstand der politischen Debatte werden. Wir müssen Europa auf die Migrationsbewegungen, die durch die Klimakrise zunehmen werden, vorbereiten. (Übernahme)

Die Finanzierung und völkerrechtswidrige Zusammenarbeit mit der libyschen Küstenwache, die sich an Menschenrechtsverstößen und an Schlepperei beteiligt ist, ist umgehend zu beenden.

Wir setzen auf eine Politik der Humanität und Ordnung. Pauschalen Rufen nach mehr Abschiebungen treten wir entgegen, diese haben nichts mit den tatsächlichen Herausforderungen bei Aufnahme, Versorgung und Integration von Schutzsuchenden zu tun. Angebote zur Aus- und Weiterbildung, zur Mobilität, zur Partizipation an der europäischen Gesellschaft, zur Erwerbstätigkeit und zum Spracherwerb unterstützen diesen Prozess. Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Aber jeder Mensch, der bei uns Schutz sucht, hat Anrecht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung. Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Für uns hat die freiwillige Rückkehr Vorrang. Abschiebungen sind für uns nicht das Mittel der Wahl.

Migration darf nicht länger als Problem angesehen werden, sondern muss als Teil der Lösung diskutiert werden. Der Mangel an Fach- und Arbeitskräften ist enorm, betrifft nahezu alle Branchen und ist bereits jetzt schon für viele Unternehmen existenzbedrohend. Mit dem neuen Einwanderungsgesetz senden wir ein starkes Signal nach Außen: Deutschland bekommt endlich ein

Einwanderungsrecht, das seinen Namen verdient und im Wettstreit mit anderen erfolgreichen Einwanderungsländern wie Kanada oder den USA mithalten kann. Mit dem unkomplizierten Spur- und Zweckwechsel nehmen wir dabei auch die Menschen in den Blick, die sich ohnehin schon bei uns aufhalten, zeitgleich senken wir die Hürden für Arbeitskräfte aus Drittstaaten.

Wir setzen uns daher auch in Europa für eine Migrationspolitik ein, die Einwanderer*innen mit offenen Armen empfängt, sie nicht zu Fremden macht und ausreichend vor rechter und rassistischer Gewalt schützt.

Begründung

Aktualisierung des gesamten Kapitels zum Thema Migration durch die Antragsteller*innen.

E-2-166-2 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.06.2023

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 166 bis 172 löschen:

~~Andererseits zeigt der Tod von über 25.000 Menschen, die auf der Flucht im Mittelmeer wegen unterlassener Hilfeleistung seit 2016 ertrunken sind, dass eine Reform des EU-Asylsystems dringend notwendig ist. Es ist unsere Solidarität miteinander, die unsere Handlungsfähigkeit auch hier sichern kann. Wir dürfen die Staaten an der Außengrenze nicht allein lassen, weder mit den Geflüchteten, die Anspruch auf Asyl haben, noch mit den Menschen, die zurückgeführt werden müssen.~~

Begründung

Streichung ergibt sich aus der Aktualisierung des gesamten Kapitels zum Thema Migration durch die Antragsteller*innen. Siehe dazu Änderungsantrag: E-2-160

E-2-173-2 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.06.2023

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 173 bis 177 löschen:

~~Der Druck auf die Außengrenzen sowie auf die Aufnahmekapazitäten kann verringert werden, indem die EU die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern verstärkt – u.a. mit Migrationspartnerschaften. Bereits jetzt unterstützt die EU die freiwillige Rückkehr, die in Rheinland-Pfalz gut genutzt wird, finanziell. Darauf wollen wir aufbauen.~~

Begründung

Streichung ergibt sich aus der Aktualisierung des gesamten Kapitels zum Thema Migration durch die Antragsteller*innen. Siehe dazu Änderungsantrag: E-2-160

E-2-178 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.06.2023

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 178 bis 180 löschen:

~~Wir brauchen dringend eine verbindliche und faire Verteilung der Geflüchteten in der EU, das ist die Grundlage für die Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren und eine frühzeitige Integration.~~

Begründung

Streichung ergibt sich aus der Aktualisierung des gesamten Kapitels zum Thema Migration durch die Antragsteller*innen. Siehe dazu Änderungsantrag: E-2-160

E-2-181-2 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.06.2023

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 181 bis 189 löschen:

~~Um irreguläre Migration einzuschränken, müssen reguläre und sichere Migrationswege geschaffen werden. Wir brauchen ebenso dringend eine bessere Fachkräftezuwanderungspolitik, die den Anforderungen des europäischen Arbeitsmarktes entspricht. Hier müssen die Verfahren unbedingt beschleunigt werden. Damit begegnen wir auch dem Fach- und Arbeitskräftemangel in Deutschland, der im letzten Jahr ein neues Allzeithoch erreicht hat – allein in Rheinland-Pfalz gab es 45.800 unbesetzte Stellen. Wir setzen uns auch für die Einsetzung einer von der EU koordinierten staatlichen Seenotrettungsmission ein. Außerdem muss zivile Seenotrettung endlich entkriminalisiert werden.~~

Begründung

Streichung ergibt sich aus der Aktualisierung des gesamten Kapitels zum Thema Migration durch die Antragsteller*innen. Siehe dazu Änderungsantrag: E-2-160

E-2-189-2 Rheinland-Pfalz: Wir im Herzen Europas

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu E-2

Von Zeile 188 bis 189 einfügen:

Einsetzung einer von der EU koordinierten staatlichen Seenotrettungsmission ein. Außerdem muss zivile Seenotrettung endlich entkriminalisiert werden.

Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten und sichere Drittstaaten lehnen wir ab, solange nicht vollständig sichergestellt ist, dass die dortigen Verfahren nach den Rechtsstandards der EU-Länder mit den weitestgehenden, Asylsuchende-freundlichsten Regelungen und in einer zumutbaren zeitlichen Dauer durchführbar sein werden. Denn es löst keine Probleme. An den Kosten müssen sich alle EU-Länder anteilig beteiligen. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten lehnen wir ab.

Begründung

Äa richtet sich an eine Passage in der Änderung E-2-160 des Landesvorstands

K-1-global-123 Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam nach vorne bringen

Antragsteller*in: Manfred Seibel (KV Südwestpfalz)

Änderungsantrag zu K-1-global

Von Zeile 122 bis 125:

Wärmeplanung für Städte und Gemeinden und fordern ein flankierendes Förder- und Beratungsangebot. ~~Die~~In einem Landes-Ausführungsgesetz muss für alle Kommunen im Land eine verbindliche Wärmeplanung ~~sollte hierbei möglichst digital und dynamisch erfolgen~~bis spätestens 2026 mindestens für die ersten 3 Schritte (Bestandsanalyse, Potentisanalyse, Zielszenario, letzteres unter Beteiligung der Gebäudeeigentümer*innen) verpflichtend festgesetzt werden. Dazu sind allen beteiligten AkteurInnen aktuelle Energiedaten datenschutz-konform zur Verfügung zu stellen. Kommunen sollen zudem

K-1-global-001 Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam nach vorne bringen

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu K-1-global

Von Zeile 1 bis 4:

Bis spätestens 2040 ~~wollen~~müssen wir in Rheinland-Pfalz (RLP) klimaneutral werden. Es gilt, den kritischen Zeitpunkt für das Erreichen der Pariser Klimaschutzziele möglichst nicht zu verpassen oder zumindest die Überschreitung so gering wie möglich zu halten. Für eine lebenswerte Zukunft in RLP müssen wir jetzt die richtigen Weichen stellen, um unsere Städte und Dörfer klimaneutral zu gestalten

Begründung

folgt mündlich

K-1-global-017 Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam nach vorne bringen

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu K-1-global

Von Zeile 16 bis 17 einfügen:

aus dieser für unsere Volkswirtschaft und unser Klima so gefährlichen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern so schnell wie möglich lösen. Und wir müssen uns ehrlich machen: Ohne eine gravierende Umstellung unseres Lebensstils wird das nicht gelingen. Wir alle müssen - wollen wir unseren Planeten lebenswert erhalten - gleichzeitig den Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung drastisch senken. Das wird nur mit Verzicht in bestimmten Lebensfeldern gelingen.

Begründung

erfolgt mündlich

K-1-global-083 Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam nach vorne bringen

Antragsteller*in: Andrea Schranck (KV Bad Dürkheim)

Änderungsantrag zu K-1-global

Von Zeile 82 bis 84 einfügen:

Landesflächen weiter fördern und die Planung von PV an Lärmschutzwände und Dämmen an Bahnen und Straßen unterstützen. Dabei sollten vorrangig Dachflächen und andere versiegelte Flächen, wie Parkplätze, Bahnhöfe oder auch Schulhöfe für die Energiegewinnung genutzt werden. Für eine schnelle Energiewende ist es auch wichtig, gerichtliche Verfahren zu beschleunigen. Daher müssen in der

Begründung

Es besteht jetzt schon ein Flächenkonflikt mit Agrarflächen, deren Wert um ein vielfaches steigt, wenn auf der Fläche Energie gewonnen wird, Das erhöht die Flächenpreise und macht z.B. Ökolandbau unerschwinglich und es eröffnet einen Preiskampf mit Raum für Grundstücks-Spekulationen. Außerdem muss die Rate der Flächenversiegelung in den kommenden Jahren geringer werden.

K-1-global-096 Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam nach vorne bringen

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

Änderungsantrag zu K-1-global

Von Zeile 95 bis 96 einfügen:

ganz konkrete Beratung der Energieagentur zur Ausweisung von PV- und Windkraftflächen zur Verfügung.

(neuer Absatz) Wir brauchen auch einen schnellen und starken Ausbau der Speicherkapazitäten. Dafür schlagen wir eine Subventionierung des Speicherbaus für privat bestehende und neue PV-Anlagen vor. Und wir werden weitere Konzepte prüfen, z.B. wie sich tagsüber abgestellte Elektroautos (z.B. am Arbeitsplatz) zwischenzeitlich als Speicher nutzen lassen.

Begründung

erfolgt mündlich

K-1-global-202 Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam nach vorne bringen

Antragsteller*in: Andrea Schranck (KV Bad Dürkheim)

Änderungsantrag zu K-1-global

Von Zeile 201 bis 203 einfügen:

behandelten Sektoren Industrie, Abfallwirtschaft, Land- und Forstwirtschaft (LULUCF) sind aufzufordern, Ihre Ziele zum Erreichen einer nicht weiter klimaschädigenden Wirtschaft den ökonomischen Zielsetzungen voranzustellen und dabei die Wertschöpfung in der Region zu erhalten. Umwelt- und Naturschutz können nur gemeinsam mit Industrie und Landwirtschaft einhergehen. Dafür braucht es eine kurz- mittel und langfristige Planung der Energiepreise und im Gegenzug müssen Standortgarantien verhandelt werden. Einem Abwandern unserer Chemie- Pharma und mittelständischen Produktionen ist durch planbare Investitionen und Mitteln zum Umbau auf klimafreundliche Produktionsverfahren entgegenzutreten. Auch die Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz mit ihren Dauerkulturen aus Obst und Weinbau (und Wald) ist mit planbaren Zielen zum Umbau auf resistente Sorten und schonende Verfahrensweisen zu unterstützen um Betriebsaufgaben zu verhindern und einheimische, regional produzierte Nahrungsmittel für die Märkte attraktiv zu halten. Wir wollen ein regelmäßiges unabhängiges und transparentes Monitoring der Klimaschutzziele im Klimaschutzbericht auf der Grundlage aktueller Daten in

Begründung

Industrie und auch Landwirtschaft sind mit überbordender Bürokratie und schwindenden verlässlichen Standards konfrontiert, z.T. sind auch durch Corona die Rücklagen abgeschmolzen. Seit dem Angriff auf die Ukraine herrscht ein Energie- Notstand und die Preise für Arbeit und Rohstoffe gehen durch die Decke, bei gelöcherten Lieferketten. Wir sollten gezielte Anreize setzen für Best-Practice Beispiele, bei denen Firmen den Klimawandel als Chance begriffen haben, sonst Eröffnen wir auch hier den Raum für Spekulationen aus dem Ausland und verlieren wichtige Arbeitgeber für Rheinland-Pfalz,

K-1-global-143 Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz mit Land, Kommunen und Wirtschaft gemeinsam nach vorne bringen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 23.06.2023

Änderungsantrag zu K-1-global

Von Zeile 142 bis 147:

Vorgaben zur Elektrifizierung der Antriebe beim motorisierten Individualverkehr auch eine deutliche Verringerung desselben. ~~Wir müssen den Ausbau des ÖPNV mit Bahnen und Bussen forcieren, den Fuß- und Radverkehr stärken und gleichzeitig Maßnahmen auf den Prüfstand stellen, die den Autoverkehr fördern, klimaschädliche Subventionen beenden und klimagerechte Angebote machen.~~ Wir unterstützen weiterhin PV-Anlagen auf privaten und öffentlichen Gebäuden und nehmen die Parkplätze ins Visier. Damit heben wir Potentiale auf bereits versiegelten Flächen. Das Deutschlandticket ist ein wichtiger verkehrspolitischer Meilenstein, der den Tarifdschungel

Begründung

Der ursprüngliche Änderungsantrag K-1-131 wird in veränderter Form modifiziert übernommen.

K-2-172 Umsetzung einer naturnahen, ökosystemorientierten Waldbehandlung im Biosphärenreservat Pfälzerwald in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in: Jürgen Gauer (KV Rhein-Lahn)

Änderungsantrag zu K-2

Von Zeile 172 bis 173 löschen:

- ~~Der Anteil an liegendem und stehendem Biotopholz (Totholz) beträgt langfristig mindestens insgesamt 10 % des Holzvorrates.~~

Begründung

Bereits bei 5 stehenden Todbäumen pro ha mit einer Höhe von 25 m und einem Sicherheitsabstand von einer doppelten Baumlänge (das ist der Sicherheitsradius bei Fällarbeiten) werden rechnerisch 4 ha Fläche unbetretbar, unter Einbeziehung der Überlappung die komplette Fläche. Dazu kommt die Behinderung durch liegendes Todholz. Durch die Erweiterung von Rückegassen auf 40 m wird zudem mehr gefährliche manuelle Waldarbeit erforderlich. Das BAT-Konzept (weiter oben im Antrag) erfüllt bereits auf forstlich akzeptierbare Weise die Berietstellung von Biotopholz, Altholz- und Todholz auf eine auch dem Unfallschutz angemessenen Weise. Todholz ist der häufigste Grund für tödliche Unfälle in der Forstwirtschaft.